Bericht des Regierungsrats zu einem Kantonsratsbeschluss über einen Planungszusatzkredit für den Ausbau und die Sanierung der Kantonsschule mit Sportanlagen

vom 10. Februar 2009

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Wir unterbreiten Ihnen den Bericht zum notwendigen Planungszusatzkredit von 1,1 Millionen Franken für die Projektierung der ersten Bearbeitungsphase des Ausbaus und der Sanierung der Kantonsschule mit den Sportanlagen in Sarnen mit dem Antrag auf Kenntnisnahme.

Sarnen, 10. Februar 2009

Im Namen des Regierungsrats

Landammann: Niklaus Bleiker

Landschreiber: Urs Wallimann

1. Ausgangslage

Der Kantonsrat bewilligte am 28. November 2002 für die Planung und Projektierung des Ausbaus der Kantonsschule sowie des Berufs- und Weiterbildungszentrums (BWZ) an den bisherigen Standorten Rütiwiese und Grundacher einen Kredit von höchstens 1,2 Millionen Franken. Dieser Planungskredit war für eine Bausumme von gesamthaft 15 Millionen Franken für den Um- und Ausbau des BWZ und der Kantonsschule vorgesehen. Für die Planung des BWZ und für Vorabklärungen bei der Kantonsschule vor der Hochwasserkatastrophe 2005 wurden Fr. 500 000.– aufgewendet, sodass rund Fr. 700 000.– für die Kantonsschule verbleiben. Mit Regierungsratsbeschluss vom 4. März 2008 (Nr. 409) wurde dieser Planungskredit für das Projekt Ausbau/Sanierung Kantonsschule, eingeschlossen die Sanierung der Dreifachhalle, der Neubau einer Vereinshalle (4. Halle) und der zugehörigen Aussensportanlagen, freigegeben. Der als erstes durchgeführte Projektwettbewerb verursachte Kosten von rund Fr. 300 000.–. Somit verbleiben rund Fr. 400 000.– für die weitere Planung bis zum Objektkredit.

2. Planungskreditbedarf für erste Bearbeitungsphase bis Objektkredit

Für die Objektkreditvorlage an den Kantonsrat ist ein gut ausgearbeitetes Bauprojekt mit einem detaillierten Kostenvoranschlag (Genauigkeit +/- zehn Prozent) notwendig. Die Bearbeitung dieses Bauprojekts (erste Planungsphase in der Projektbearbeitung) kostet rund 1,5 Millionen Franken. Diese Zahl basiert auf geschätzten Gesamtbaukosten von 25 Millionen Franken. In diesem Betrag sind auch der Sanierungsanteil für die Dreifachhalle und Kantonsschule von 8,0 Millionen Franken enthalten. Das heisst, die Planungskosten für diese erste Phase betragen rund sechs Prozent der geschätzten Gesamtbaukosten. Dies entspricht den Grundlagen der SIA-Honorarnormen.

Zusammen mit den Kosten für den durchgeführten Wettbewerb betragen die Gesamtplanungskosten der ersten Phase bis zum Objektkredit 1,8 Millionen Franken, wovon für den Projektwettbewerb bereits Fr. 300 000.– ausgegeben worden sind. Der noch vorhandene bewilligte Planungskredit von Fr. 400 000.– reicht somit für die weitere Planung nicht aus. Es ist ein Zusatzkredit von 1,1 Millionen Franken erforderlich.

3. Fortsetzung der Planungsarbeiten

Nach den definitiven Entscheiden zum Projektwettbewerb Ende November 2008 sind die weiteren Planungsarbeiten organisiert, die Vertragsverhandlungen mit den Architekten des Siegerprojekts geführt und die notwendigen Submissionen der weiteren Fachplaner durchgeführt worden. Der Planungskreditbedarf für die erste Bearbeitungsphase (Vorprojekt und Bauprojekt) bis zur Objektkreditvorlage an den Kantonsrat konnte definitiv abgeschätzt werden. Der Regierungsrat hat die weitere Planung freigegeben und den notwendigen Planungszusatzkredit Ende Dezember 2008 bewilligt.

4. Finanzhaushaltrechtliche Überlegungen

Wie in Kapitel 2 oben erläutert, genügte der aus dem Jahr 2002 stammende verbleibende vom Kantonsrat bewilligte Planungskredit aufgrund der neuen Ausgangslage nach der Hochwasserkatastrophe 2005 nicht mehr.

Der vom Regierungsrat bewilligte Zusatzkredit von 1,1 Millionen Franken gliedert sich in gebundene und freie Ausgaben. Da der Sanierungsanteil (von den mutmasslichen Baukosten von etwa 25 Millionen Franken) ungefähr 8,0 Millionen Franken beträgt, handelt es sich für rund einen Drittel der Projektierungskosten, d.h. Fr. 600 000.–, um eine gebundene Ausgabe (Art. 28 Abs. 1 Bst. d Staatsverwaltungsgesetz [StVG; GDB 130.1]), wofür der Regierungsrat zuständig ist. Bei den verbleibenden Projektierungskosten handelt es sich um eine freie Ausgabe. Der Zusatzkredit von 1,1 Millionen Franken gliedert sich somit in Fr. 600 000.– gebundene Ausgaben und Fr. 500 000.– freie Ausgaben.

Aufgrund der Dringlichkeit der weiteren Planungsarbeiten konnte für die Einholung des nötigen Zusatzkredits nicht die nächste Kantonsratssitzung vom 13. März 2009 abgewartet werden. Weitere Zeitverzögerungen in diesem Projekt wären mit bedeutenden

nachteiligen Folgen verbunden. Der geplante Bezugstermin für die Sporthalle und die Schule, welcher auf Anfang Herbst 2010 geplant ist, würde sich verschieben. Dem steht der unbestrittene Bedarf gegenüber, die Sporthallen möglichst bald wieder für den Vereins- und Schulsport zur Verfügung zu haben. Zudem fallen bei einer Verzögerung zusätzliche Kosten für die Verlängerung der Provisorien an. Weiter gilt es zu beachten, dass die Versicherung gemäss Vertrag die Kosten für die Sanierung zum Neuwert nur übernimmt, wenn die Sanierung innerhalb von fünf Jahren seit dem Schadenfall erfolgt. Wird diese Frist verpasst, so wird der Schaden zum Zeitwert, höchstens aber zum Verkehrswert ausbezahlt, was rund die Hälfte des Neuwerts ausmacht.

Der Regierungsrat kann, wenn das Einholen des Zusatzkredits nur mit bedeutenden nachteiligen Folgen möglich ist, gemäss Art. 31 Abs. 3 der Finanzhaushaltsverordnung (FHV; GDB 610.11) den Zusatzkredit selbst bewilligen, er hat aber den Kantonsrat umgehend über die zu erwartenden Mehrausgaben zu unterrichten, sofern die gesamten Aufwendungen betragsmässig die Grenzen des fakultativen Finanzreferendums übersteigen. Die gesamten Aufwendungen betragen mehr als eine Million Franken, d.h. sie übersteigen die Grenze des fakultativen Finanzreferendums klar (Art. 59 Abs. 1 Bst. d Kantonsverfassung [KV; GDB 101]).

Im Staatsvoranschlag 2009 wurden 5,0 Millionen Franken unter dem Investitionskonto 6145.503.00 budgetiert. Es besteht somit ein genügender Voranschlagskredit (Art. 27 Abs. 1 StVG).

Beilage: Beschlussesentwurf